



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 8,- Mk. - Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 2,- Mk., Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Bettungsregister.

Für die Woche vom 15. bis 21. Januar 1922 ist die Beitragsmarke in das mit 3 bezeldnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Bahnhalle Schwerin hat den Ortsbeitrag für weibliche Mitglieder auf 25 Pfg. und für männliche Mitglieder auf 50 Pfg. festgesetzt.
Die Bahnhalle Darmstadt hat den Ortsbeitrag für alle Beitragsklassen auf 1 Mk. erhöht.
Der Verbandsvorstand gibt hierzu die Genehmigung.
Der Verbandsvorstand.
J. A. C. Pucher, 1. Vorf.

Bekanntmachung

Die Gehilfenvertreter haben das Lohnabkommen, wie es seit dem 1. Dezember 1921 besteht, am 31. Dezember 1921 gelündigt, und zwar für den 31. Januar 1922. Der Tarifabschluss ist sonach verpflichtet, zu neuer Verhandlung über Festsetzung der Löhne für Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen aufzutreten. Seine Einberufung erfolgt hiernüt für den

21. Januar 1922, vormittags 10 Uhr, und folgende Tage nach Leipzig, Buchgewerbehau, Holzstraße. Besondere Einladung der Verhandlungsteilnehmer erfolgt nicht. Teilnehmer an dieser Verhandlung sind dieselben Herren, die an der November-Beratung teilgenommen haben. Sie werden gebeten, dem Tarifamte umgehend mitzuteilen, ob sie an der Verhandlung teilnehmen werden.

Die Mitglieder der vorbereitenden Kommission werden vom Tarifamt besonders und schriftlich eingeladen.

Bisher liegen folgende Gehilfenanträge zur Beratung und Beschlußfassung vor:

1. Erhöhung der Löhne;
2. Erhöhung des Maschinenseherzuschlages auf 15 Prozent des Gesamtlohnes;
3. Abänderung der Lokalszuschläge entsprechend der veränderten amtlichen Ortsliste;
4. Erhöhung des Lokalszuschlages für den Kreisvorort Hannover von 20 auf 25 Proz.;
5. Gleichstellung der Feuerungszulage für Hilfsarbeiter mit derjenigen für Gehilfen;
6. Angemessene Erhöhung der Entschädigungssätze aus § 1, Abs. 5 und Abs. 16, § 3, Abs. 8, § 7, Abs. 7 und Abs. 12.

Berlin, 8. Januar 1922.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.
Rud. Hlfflein, Prinzipal-Vorsitzender.
Robert Braun, Gehilfen-Vorsitzender.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Bekanntmachung.

Von den Firmen Dypreusens, die mit Bekanntmachung vom 17. Dezember vom Tarifamt als ausgeschlossen aus der Tarifgemeinschaft veröffentlicht wurden, haben inzwischen die nachstehenden Firmen ihre Austrittserklärung ebenfalls erteilt:

- Angerburg: „Angerburger Kreiszeitung“.
- Pillau: „Pillauer Allgemeine und Samländische Zeitung“ (Paul Stadtilf).
- P. - Eylau: Schöffler, H.
- Rößel: Krutitz, B.
- Stargitzen: Dieck, Richard.

Auch für diese Firmen sind die mit der Bekanntmachung vom 17. Dezember verbundenen tariflichen Maßnahmen gegenstandslos geworden.

Berlin, 4. Januar 1922.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.
Rud. Hlfflein, Prinzipal-Vorsitzender.
Robert Braun, Gehilfen-Vorsitzender.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Wohin?

Ist es wahr, was Freunde mir so oft sagten, daß wir in einer ungeheuren, in einer großen Zeit lebten, und daß wir uns beglückwünschten sollten, diese große Zeit miterlebt zu haben? Ich will annehmen, daß die jetzige Zeit eine große ist, aber dann möchte ich wünschen, in dieser Zeit auch große geistige Menschen zu sehen, mindestens aber doch Menschen, die einer großen Zeit auch das nötige Verständnis entgegenbringen. Hier mangelt es aber an allen Ecken und Enden gar sehr, das sehen wir in Fragen der Politik und auch besonders in unserem gewerkschaftlichen Leben.

In den letzten drei Jahren haben die Gewerkschaften gewaltige Verhältnisse gemastert, denn sonst würden wir Arbeiter heute nicht mehr in der Lage sein, Kämpfe zur Verbesserung unserer Lebenshaltung zu führen, wir würden geschlagen und zertrümmert am Boden liegen, unser Gegner Kapitalist aber triumphierend seine wuchtige Faust auf uns legen und uns zum Sklaven pressen. Heute stehen wir jedoch als ein großer Machtfaktor ihm gegenüber, von dem auch er sehr häufig die Schwerte senken muß. Weit stärker könnten wir dem Kapital gegenüber stehen, wenn nicht in unseren Reihen der Verbundzwist herrschte. Diesen müssen wir bewähren und einzig geschlossen unsere Kampfzeichen bilden. Wenn das geschehen ist, wird unser Gegner noch lange nicht bezwungen sein, nein, dann fangen unsere größten Kämpfe erst an, aber der Sieg ist uns dann eher garantiert.

Langsam haben wir uns in den letzten 50 Jahren unsere Gewerkschaften aufgebaut, und zwar unter der mühseligen Arbeit und auch harten Kämpfen, nie verzagend, mit immer wieder frischem Mut sind wir ans Werk gegangen und haben, wenn auch Rückschläge und Niederlagen zu verzeichnen waren, es zu den heutigen mächtigen Organisationen gebracht, die in dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben ein gewichtiges Wort mitreden. Leider sind wir aber noch nicht so stark, daß wir die Verhältnisse bezwingen und nach unserem Willen regeln können. Die Zeit wird aber gewiß kommen, da die geschlossene Arbeiterschaft die Welt regiert. Die Geschichte zeigt uns mit aller Deutlichkeit den Aufstieg der Arbeiterschaft, wenn auch nur von Stufe zu Stufe, aber der Aufstieg ist da.

In der heutigen Zeit sind auch die Gewerkschaften nicht immer in der Lage, Siege zu erringen, sondern sie müssen sich häufig bescheiden, denselben zu bleiben. Den schönen Reben, die in den Versammlungen vom Kampf gehalten werden, ist nicht immer zu folgen, denn die Reben führen allein nicht zum Sieg und der Kampf sieht in Wirklichkeit doch etwas anders aus, als er in den Versammlungen ausgemalt wird.

Die Gewerkschaften sind zum Kampf für die Verbesserung unserer Lebensverhältnisse eingestellt, wer Gegenparteilich behauptet, kennt das gewerkschaftliche Leben nicht. Die Gewerkschaften dürfen aber nicht in Permanenz den Kampf in Form von Streiks führen, sondern müssen auch mit neueren Waffen versuchen, die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft zu verbessern oder die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren. Für diese Art des Kampfes der Gewerkschaften sollte das Verständnis unter der Arbeiterschaft vorhanden sein, aber da mangelt es doch manchmal sehr. In unseren Kämpfen haben wir immer wieder mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen, nur wenn wir diese in unsere Berechnungen einbeziehen, steht unser Sieg, unser Aufstieg, und stehen unsere Kämpfe gesichert. Lobend ist gewiß der feurige Mut mancher heißblütigen Mitglieder anzuerkennen, die da sofort in den Streik treten wollen, doch dürfen sie nicht die Vernunft dabei verlieren, sonst partieren sie nicht gut und kommen zu Fall. Da muß dann der ruhiger Ueberlebende, der nicht weniger Mut zum Kampfe hat, zur Vorhut aufsteigen, selbst auch dann, wenn er als Freitragender für den ersten Augenblick bezeichnet wird. Heute handelt es sich aber nicht nur um die, die heißblütig einen schnellen Kampf wollen, sondern wir haben gewisse Leute unter uns, denen an dem Kampf weniger gelegen ist, lieber aber sehen, wenn Großes und Großes zerfallen wird, ansehend nur zum Zweck ihrer persönlichen Ueberhebungen oder Vorteile. Diese Richtung bringt uns im Gewerkschaftsleben Verderb. Sie fört die Kampfesreize, bringt Unwillen, Mißtrauen und Zwietracht hinein.

Selbstgewählte bewährte Führer werden beschimpft, bewährte Taktik als veraltet und Verräterei hingestellt und letzten Endes die ganze gewerkschaftliche Arbeit als unbrauchbar verworfen. Diese Richtung sorgt mit der Zeit für die Niederlage der Arbeiterschaft, ihr muß ein Halt durch die Vernunft der anderen geboten werden. Dieses Halt können wir in der Abweisung all der unklugen Anträge und Vorschläge geben, die uns die andere Seite gibt.

Wie häufig muß in Versammlungen gegen Anträge aufgetreten werden, über die wir eigentlich heute gar nicht mehr reden sollten. Und doch fanden und finden sich viele Versammlungsbesucher, die glauben, etwas „Neues und Gutes“ zu hören, dem man zustimmen müsse. Eine Frage interessiert uns heute ganz besonders, das ist die Frage: Dertliche oder zentrale Regelung unserer Lohnverhältnisse. In jeder Versammlung, die über Lohnfragen oder Lohnverhältnisse handelt, teilt die aufgeworfene Frage wieder, deswegen sind wir gezwungen, sie immer wieder besonders zu behandeln und zu klären. Für uns Hilfsarbeiter ist sie von besonderer Bedeutung.

Mit der Entwicklung der Industrie hielt die Entwicklung der Arbeiterorganisationen gleichen Schritt und mit ihr aber auch die Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen. In den Anfängen unserer Bewegung war es uns möglich, betriebsweise und örtlich unsere Lohnbewegungen zu führen, ja nicht nur möglich, sondern wir mußten es, weil über große Gebiete keine Bewegungen von uns geführt werden konnten, und aus bekannten und verständlichen Gründen. Mit der Erstarkung unserer Organisation wurden unsere Bewegungen unzufassender. Wir standen aber einer kräftigen Arbeitgeberorganisation gegenüber, so daß zu Zeiten von uns aus taktischen Gründen Wege eingeschlagen werden mußten, die nicht immer zu einem offenen Kampf, zum Streik führten. Wir sind zu örtlichen oder zentralen Lohnabstimmungen, zu Tarifen, die über ganz Deutschland gehen, gekommen. Gegner der befristeten Tarife hat es in der Arbeiterbewegung immer gegeben und gibt es ja heute in besonderer Maße wieder. Lieber die Frage der Tarife ist in der Vorkriegszeit ausgiebig diskutiert und getritten worden, heute sind wir uns wieder dabei. Die allgemeine Streitfrage will ich hier nicht aufwerfen, sondern nur die eine Frage: Dertliche oder zentrale Regelung unserer Lohnverhältnisse. Sie berührt die Gemüter gewiß am meisten, trotzdem es andere Fragen noch gibt, die wichtig genug sind, ebenfalls behandelt zu werden. Ich hebe diese aufgeworfene Frage besonders heraus, weil gerade in der letzten Zeit in etlichen Orten sich Widerstände bei unserer Kollegenchaft ergeben haben. Sind diese Widerstände in den örtlichen Verhältnissen zu suchen, oder ist unser Tarifverhältnis nicht mehr zeitgemäß? Diese beiden Fragen müssen von uns immer wieder beantwortet werden, das tun wir in unseren Versammlungen, müssen es in unserem Organ aber noch viel mehr. Es kann auch mit der Zeit nicht so bleiben, daß trotz zentraler Abstimmungen einzelne Orte aus dem Ganzen herausreten und besondere Forderungen stellen. Ist es notwendig, einzelne Orte mit besonderen Regelungen zu belegen, dann soll und muß dies in den zentralen Verhandlungen ausgeprochen werden, damit hier in den Verhandlungen eventuell oder am betreffenden Orte eine besondere Regelung erfolgt. Das willkürliche Herausretten aus dem Ganzen hat für das Ganze Gefahren in sich, die uns sehr schaden können.

Wir Hilfsarbeiter haben in der Vorkriegszeit immer danach gestrebt, einmal zu einem Reichstarif zu kommen, und jetzt, wo wir ihn haben, sieht es manchmal so aus, als ob wir ihn schnell wieder loswerden wollen. Auch jetzt in der Nachkriegszeit haben sich die Verhältnisse nicht so grundlegend geändert, daß wir von einer tariflichen Regelung auf zentrale Grundlage absehen können. Ich meine, jetzt erst recht haben wir alle Ursache, einer Regelung unserer Lohnverhältnisse über das ganze Reich noch weit mehr anzustreben, als vor der Kriegszeit. Wir sind vor der Kriegszeit und auch nach der Kriegszeit in den beiden Jahren, in denen wir noch keinen Reichstarif hatten, nicht in der Lage gewesen, unsere Löhne dertartig zu regeln, wie es gerade jetzt in dem letzten Jahre uns möglich gewesen ist. Wenn einzelne Orte es möglich gemacht haben, ein- oder ein andermal etwas mehr als über das Gewöhnliche hinauskommen, so ist das noch lange kein Beweis, daß dies ferner möglich sein würde, oder daß damit erwiesen sei, die zentralen Abmachungen hätten keinen Wert oder seien schlecht. Befriedigen können, das will ich auch hier besonders wieder betonen, die Erwerbungen nicht, aber wo örtliche Bewegungen gewesen sind, befriedigen sie noch weniger. Willkürliches Streiten ist es auch, ob die vorliegenden Löhne den Verhältnissen entsprechen. Darüber sind wir uns alle einig, sollten Verhältnisse ausgeglichen werden, müßten unsere Löhne ganz andere Zahlen aufweisen. Auch das ist Tatsache, wenn behauptet worden ist, unsere Löhne ständen gegenüber den Löhnen anderer Berufs bedeutend zurück. Es ist ja heute auch noch so. Wer die Abstimmungen in anderen Berufs verfolgt, muß sehen, daß die Löhne dort höher sind als bei uns. Aber sind wir denn in der Lage gewesen, hier schnell Wandel zu schaffen? Warum wir nach dem Kriege so schwer für die besondere Erhöhung unserer Löhne haben kämpfen müssen, ist doch allen bekannt, denn: es ist immer und immer wieder in den

Verfammlungen betont worden und auch in der „Solidarität“ genügend zum Ausdruck gekommen, und wer offenen Auges umhergeht, hat es aus den Verhältnissen ersehen können. Ich meine aber, wir sind gerade durch unsere letzten zentralen Regelungen auf dem Wege, das einzuholen, was gegenüber anderen Berufen nötig ist. Dabei muß natürlich darauf gesehen werden, daß wir gleichzeitig für die Gesamtmittelschicht die Löhne auf eine den Zeitverhältnissen entsprechende Höhe bringen. Ob das durch örtliche Abschlüsse erreicht werden kann, ist nicht nur zweifelhaft, sondern überhaupt ausgeschlossen.

Warum ist denn unter unserer früheren sogenannten Tarifverhältnissen immer danach gestrebt worden, zum allgemeinen Reichstanz zu kommen, doch nur deswegen, weil wir genau gewußt haben, daß nur unter ihm eine gute Entwicklung für die Allgemeinheit möglich sei. Wenn wenige Mitgliedschaften sich anders aussprechen, so lag das mehr an Quartreibern, die von einzelnen unter sie gedrückt wurden. Sichtlich haben nie Gründe wirklich vorgebracht werden können.

Uebrigens haben wir ja jetzt wieder ein Beispiel an unserem Steinbrud. Hier haben wir die nötige Bewegungsfreiheit und was ist? Wir gebrauchen die Bewegungsfreiheit nur dazu, um endlich einmal zu vernünftigen Verhältnissen zu kommen, die Unternehmerschaft durch örtliche Bewegungen zu einem zentralen Abschluß zu drängen.

Den Gegnern der Tarife und der zentralen Abschlüsse ist durch die ungeheure Not der Zeit, in der wir uns also befinden, durch die immerwährende Steigerung der Preise aller Lebens- und Gebrauchsmittel Material gegeben worden, das sie zu ihrem Zwecke ausnützen, um Anhänger für ihre zum Teil recht wirren Ideen zu finden. Es ist ja auch verständlich, denn wenn ich in bitterer Not stecke, dann bin ich nicht immer in der Lage, ruhig zu urteilen, verbittert macht man gerade das Gegenteil vom Richtigen.

Tragen denn nun aber die Tarife und die zentralen Abschlüsse an den ungeheuren Steigerungen der Preise und an den nichtbefriedigenden Löhnen die Schuld? Glaubt man sie auf anderem Wege beseitigen zu können? Sollen örtlich die ganzen Differenzen ausgeglichen werden? Mit nichten, denn dazu wird man auch örtlich nicht imstande sein. Man verkennt die Verhältnisse, urteilt nicht klar. Die Schuld liegt in unseren ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen, die wir nicht bezwingen können.

Wenn nun wirklich in einzelnen Orten ohne Tarif oder zentralen Regelungen, eventuell auch, daß man aus dem Rahmen des Ganzen heraustritt, etwas mehr errungen werden kann, dann sind das eben nur Teil- und Fetterfolge, die uns aber für das Ganze kaum nützen oder weiter bringen, sie können auch, wenn es allzu dumm gemacht wird, zum Schaden für uns werden. Auch diese Erfolge haben ihre Grenzen und was dann? Sollen wir dann unter unglücklichen Müssen, Arbeit und Opfern von neuem wieder beginnen, das aufzubauen, was wir jetzt schon haben? Das, was jetzt feststeht, muß ausgebaut werden und das kann meiner Ansicht nach nur auf zentralen Wege geschehen. Uebrigens ist es denn nur die Lohnfrage, die uns etwas angeht, oder gibt es vielleicht doch noch andere Fragen, die wir in das Gebiet unserer Beobachtung stellen müssen? Denken wir doch an einzelne Bestimmungen in unserem Tarif und unser gesamtes Berufsverhältnis. Aber über diese Fragen ein andermal.

Ein Zeichen der Zeit ist das unständige Denken in unseren Bewegungen. Nach dem Kriege, in der ersten Zeit der Revolution hieß es überall: „Schafft gleiche Löhne für alle, denn feiner ist mehr als der andere“. Man beachte dabei aber gar nicht, daß es eine Unmöglichkeit sei, die Löhne für alle Berufe auf gleiche Höhe zu bringen. Die Vorbedingungen dafür wären gleiche allgemeine Verhältnisse für alle Berufe gewesen, die zu schaffen unmöglich war.

Seute ist man nun drauf und dran, gerade das Gegenteil von dem zu machen. Man geht sogar so weit, innerhalb der Berufe die Differenzen der Löhne recht weit und groß zu gestalten. In selbst bei ziemlich gleicher Arbeit, will man differenzieren. (Spartenfrage.) Zum Teufel nochmal, bedenkt man denn gar nicht, wohin das schließlich alles führt? Wenn einmal der große und schöne Gedanke Wirklichkeit werden soll, der Gedanke von der mächtigen, einigen Arbeiterchaft, dann darf nicht in der Weise gearbeitet werden, wie es heute leider zum Teil geschieht. Wie vereinigt sich übrigens all das egoistische Handeln mit dem Gedanken des Industrieverbandes? Bemerken will ich, daß meine letzten Ausführungen nun nicht so gedeutet werden sollen, als wenn ich die Löhne in ein Schema einer bestimmten Lohnsumme für alle bringen will, das ist nicht der Fall, denn ich lasse für Gruppen und auch für einzelne Personen den Weg besserer Bezahlung unbedingt offen. Ich will aber nicht in Betrieben und Berufen bei ziemlich gleicher Arbeit Differenzierungen im Lohne, die heute zum Teil erstreckt werden. Sie werden nur geschaffen, um noch mehr zureichende Mittel in unsere Bewegungen und unsere Organisationen zu bringen.

Genau, wie es in den einzelnen Betrieben heute liegt, liegt es auch bei der Beurteilung der örtlichen Bewegungen, denn kommen wir in den Orten zu weit auseinander, wird unser Organisationsleben geführt und schließlich zentrale Verhandlungen überhaupt unmöglich gemacht. Einzelne Ortsvertreter hätten auch dann gar kein Interesse mehr daran, zentral zu verhandeln, weil ja doch örtlich ihre Angelegenheiten geregelt werden und sie versuchen würden, dort ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen. Innerhalb der Verbände tut sich aber dann eine Kluft unter den Mitgliedern auf, die mit der Zeit die Errungenschaften der Jahre verschlingen wird, so daß örtliche und zentrale Organisationen an Bedeutung verlieren und zur Dummheit verurteilt werden. Das darf nicht sein. Die Zeit, da örtliche Bewegungen als das Heil angesehen wurden, haben wir gehabt, heute gilt es, größeren Zielen zuzustreben. Im engeren Zusammenschluß mit einem einzigen einzigen Willen für und in der Allgemeinheit zu arbeiten und zu kämpfen, muß unser Ziel sein. Wenn es auch manchmal scheint, als ginge es nicht recht vorwärts, dann immer wieder frischen Mut gefaßt und weiter gestrebt. Es fällt kein Baum auf den ersten Stieb, er bedarf manchmal recht vieler Stiebe. Und wenn wir, wie mir gesagt wurde, in einer großen Zeit

leben, dann wollen wir Arbeiter mindestens dieser großen Zeit und den großen Zeitfragen das nötige Verständnis entgegenbringen und danach handeln.

Hermann Lohse, Hamburg.

Das Existenzminimum im Dezember 1921

Von Dr. R. Kuczynski.

In der ersten Dezemberhälfte waren fast sämtliche Nahrungsmittel noch wesentlich teurer als im Durchschnitt des Vormonats. In der zweiten Dezemberhälfte gingen insbesondere die Preise für Getreide erheblich zurück, blieben aber im allgemeinen noch weit über dem Stande der ersten Novemberhälfte. Da überdies die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung weiter stiegen, waren die Kosten des Existenzminimums im ganzen im Dezember bedeutend höher als im November. Besonders stark erscheint natürlich die Steigerung im Vergleich mit der Vorkriegszeit. Brot kostete in Groß-Berlin 16mal soviel wie vor acht Jahren, Gas 18mal soviel, Zucker und Bricketts 24mal soviel, Milch 27mal soviel, Speck 33mal soviel, Margarine 35mal soviel, Reis 36mal soviel, Kartoffeln 50mal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Dezember 1913 bis Dezember 1921 eine Verteuerung auf das 18fache. In den fünf Wochen vom 28. November bis zum 1. Januar wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Dez. 1921 Pf.	Preis Dez. 1913 Pf.
10 750 Gramm Brot	4126	259
800 Gramm Mehl	580	35
Zusammen 4706		294

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 4706 Mt. zahlen muß, konnte man vor acht Jahren für 294 Mt. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 5700 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 18 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200—5700 = 5500 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 30 Mt., für eine Frau auf 75 Mt., für einen Mann auf 103 Mt. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Dezember 1913 für ein Kind 1,42 Mt., für eine Frau 2,90 Mt., für einen Mann 3,80 Mt. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billiges fettes Fleisch damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einflang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angelegt: Kind 1,75 Mt., Frau 2,80 Mt., Mann 3,80 Mt.)

	Dez. 1921 Preis Pf.	Dez. 1913 Preis Pf.
Rationierte Nahrungsmittel	941	59
250 Gramm Insektensoden	310	13
3000 „ Kartoffeln	744	15
125 „ Margarine	690	20
250 „ Zucker	290	12
1 Liter Milch	620	23
Zusammen für ein 6—10jähr. Kind 3595		142
250 Gramm Brot	192	6
125 „ Roggenmehl	115	4
125 „ Grieß	103	6
250 „ Speisebohnen	275	11
1000 „ Kartoffeln	248	5
1500 „ Gemüse	375	15
250 „ Biskuitsfetsch	1000	50
125 „ Speck	825	25
125 „ Margarine	690	20
Zusammen für eine Frau 7478		290
500 Gramm Reis	790	22
250 „ Erbsen	305	10
125 „ Speck	825	25
250 „ Salzheringe	175	13
125 „ Margarine	690	20
Zusammen für einen Mann 10 263		380

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stufe und Küche, für Heizung 1 Zentner Bricketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 10 Mt. (1913/14: 5,50 Mt.), für Heizung 27,35 Mt. (1,15 Mt.), für Beleuchtung 13,80 Mt. (0,75 Mt.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusehen: Mann 55 Mt. (2,50 Mt.), Frau 37 Mt. (1,65 Mt.), Kind 18 Mt. (0,85 Mt.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Friseur, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin in Mark:

	Mann	Ehepaar mit 3 Kindern
Ernährung	103	177
Wohnung	10	10
Heizung, Beleuchtung	41	41
Bekleidung	55	128
Sonstiges	62	97
Dezember 1921	271	557
November 1921	244	509
Oktober 1921	187	386
September 1921	171	349
August 1913/ Juli 1914 16,75		22,30

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Dezember 1921 für einen alleinlebenden Mann 45 Mt., für ein kinderloses Ehepaar 60 Mt., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 98 Mt. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 14 200 Mt., für das kinderlose Ehepaar 21 700 Mt., für das Ehepaar mit zwei Kindern 29 100 Mt.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Dezember 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 Mt. auf 271 Mt., d. h. auf das 16,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mt. auf 417 Mt., d. h. auf das 18,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mt. auf 557 Mt., d. h. auf das 19,3fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 5 bis 6 Pf. wertlos.

Eine neue Regelung der Notstandsarbeiterlöhne

Die Entlohnung der Notstandsarbeiter bei den durch die produktive Erwerbslosenfürsorge bezugsstufen Notarbeiten hat immer wieder die in Frage kommenden Gewerkschaften und besonders den ADGB beschäftigt. Nach den Bestimmungen soll „in der Höhe des Lohnes, den die Notstandsarbeiter erhalten, kein Anreiz für anderweitig beschaffige Arbeitskräfte liegen, zu den Notstandsarbeiten abzuwandern und keine Hemmung für die Notstandsarbeiter selbst, in das regelmäßige Wirtschaftsleben zurückzutreten“. In dem Maße, wie die Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge erfreulich erweitert wurden und wirtschaftlich notwendige Arbeiten einbezogen, müßte eine Lohnregelung, die die Löhne unter das Tarifniveau hielt, zu ernstlichen Konflikten führen. Wohl ließen die Bestimmungen den Weg offen, daß der Minderlohn durch Kurzarbeit und Arbeitsfreudung bewirkt wurde. Aber auch dieser Weg ist nicht immer gangbar. In der Folge sind dann teilweise bei Notstandsarbeiten Lohnsätze durchgeführt worden, die zur schärfsten Kritik herausforderten. Zwar besteht laut Verfügung die Möglichkeit, in Streitfällen die Löhne durch eine paritätische Kommission festsetzen zu lassen, aber die Tatsachen beweisen, daß sehr oft Löhne in Rücksicht auf besonders niedrige Löhne irgendeiner zurückgebliebenen Berufsgruppe festgesetzt wurden, denn die Notstandsarbeiter sollten ja den Anreiz zur Zuwanderung zu den Notstandsarbeiten unmöglich machen. Vor allem machte die Landwirtschaft ängstlich, daß für Notarbeiten in ihrem Bezirk nicht zu hohe Löhne festgesetzt wurden, die etwa die „Begehrlichkeit“ der Landarbeiter wecken könnten. Nach wiederholtem Vorstoß des ADGB, haben nunmehr zwischen dem Reichsarbeitsministerium und den Ländern Verhandlungen stattgefunden, die ihren Niederschlag in einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Landesregierungen gefunden haben, das eine endgültige Regelung der Notstandsarbeiten anstrebt.

Die neuen Verträge unterscheiden die Besonderheit der Notstandsarbeiten. Das Rundschreiben sagt:

Die produktive Erwerbslosenfürsorge hat ursprünglich zu einem wesentlichen Teile Notstandsarbeiten in engerem Sinne gefördert, d. h. solche, für deren Einteilung und Durchführung ganz oder überwiegend das Bestreben maßgebend war, Erwerbslose von der Straße zu bringen, während ihr wirtschaftlicher Erfolg hinter jenem sozialpolitischen Zweck durchaus zurücktrat. Jetzt werden dagegen als Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge in der weitesten größten Zahl von Fällen Arbeiten ausgeführt, die im Rahmen einer normalen Wirtschaft liegen und die nur ohne den Anreiz der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht ausgeführt werden würden. Wenn nun bei diesen Arbeiten Löhne unter dem üblichen Ausmaß vereinbart oder angeordnet werden, so entsteht die Gefahr, daß die Löhne ganzer Berufsgruppen unter die Beschränkungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge geraten und für diese Berufsgruppen auch die Tarife in erheblichem Umfang außer Kraft gesetzt werden. Eine solche Wirkung der produktiven Erwerbslosenfürsorge muß vermieden werden.

In diesen Fällen soll grundsätzlich die Zahlung der üblichen Löhne erfolgen. Soweit tunlich, muß aber Arbeitsfreudung durch Kurzarbeit erfolgen, oder, und dieses gilt namentlich für größere Betrieben, es muß in dreimonatlichem Wechsel eine Auswechslung der Belegschaft eintreten. Es heißt:

Esingen wird in allen Fällen die Auswechslung der Belegschaft in dreimonatlichem (äußerstfalls in sechsmonatlichem) Wechsel möglich und schon deshalb notwendig sein, weil die Heranbildung „berufsmäßiger Notstandsarbeiter“ verhindert und die Vorteile der Notstandsarbeiten möglichst vielen Erwerbslosen zugewendet werden müssen.

Bei künftigen Maßnahmen müssen diese Verpflichtungen anerkannt werden und den Arbeitnehmungen wird die Kontrolle zur Pflicht gemacht. Welcher Tarifvertrag angewendet ist hängt von dem technischen und wirtschaftlichen Wesen der betreffenden Maßnahmen ab. Bestehen bleibt die Bestimmung, daß „Notstandsarbeiter, die nicht gelernter Arbeiter in dem Berufsgebiet der Notstandsarbeiten sind, für die Zeit ihrer Einarbeitung geringer entlohnt werden.“

Bei den reinen Notstandsarbeiten im alten Sinne, d. h. bei solchen, die nicht im Hinblick auf ihren wirtschaftlichen Nutzeffekt, sondern überwiegend deshalb unternommen werden, um Arbeitslose von der Straße zu bringen, können auch künftig wie bisher Löhne unter Tarif sätzen bestimmt werden. Neu ist jedoch, daß jede solche Ausnahme nur durch die obere Landesbehörde geregelt werden soll und daß die Löhne der Notstandsarbeiter, soweit Soziallöhne festgesetzt werden, diese nicht unter 80 v. H. der tarifmäßigen Löhne ansetzen sind, für keine Gruppe der Notstandsarbeiter darf unter 70 v. H. der Tariflöhne herabgegangen werden.

Die Lohnregelung an bezugsstufen Notarbeiten erfährt eine Sonderstellung. Zunächst sollen die Zuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge vor allem für Winter-

füllbar gegeben werden, um eine kontinuierliche Arbeit der Bauarbeiter zu fördern. Es fallen daher die einschneidenden Lohnbestimmungen für gelehrte Bauarbeiter an beschuften Hochbauten künftig weg, denn hierbei werden die Einwirkungen der Witterung und des kurzen Tageslichtes von selbst der täglichen Arbeitszeit und damit der Entlohnung Grenzen ziehen. — Soweit etwa ausnahmsweise geförderte Hochbauten in die gute Jahreszeit noch hineinreichen, wird für gelehrte Bauarbeiter von einer Arbeitsstreckung deshalb abzusehen sein, weil während dieser Zeit für sie voraussichtlich nicht Mangel, sondern Ueberfluß an Arbeitsgelegenheit vorliegen wird, und weil der Ausfall an Arbeitsgelegenheit im Winter bei den gelehrten Bauarbeitern einen Ausgleich zu schaffen pflegt.

Werden die in dem neuen Rundschreiben niedergelegten Grundzüge durchgeführt, so werden in Zukunft sehr viele Konflikte vermeiden. Die Abweidung von der ursprünglichen Form der Pflichtenarbeiten und Uebernahme von Regelarbeiten auf die produktive Erwerbslofenfürsorge war zu begrüßen, aber die Auswirkungen der Lohnfestsetzungen gefährdeten die Tarifverträge aufs äußerste. Dieser wird künftig vermieden. Wenn dafür die Arbeitsstreckung oder der periodische Arbeitswechsel stärker als bisher betont werden soll, so kann dieses durchaus gebilligt werden.

Betriebsunfälle

Im Monat März 1921 kamen insgesamt 282 Unfälle bei der Berufsgenossenschaft zur Meldung.

An Schneepressen verunglückten 36 Personen. — Zwischen Form und Austragwalze entstanden beim Niederdrücken von Speichen, beim Stellen des Farbwerts, beim Entfernen von Papier und beim Verlassen der Form während des Ganges 7 Unfälle, unter diesen 2 schwere Handquetschungen. — Beim Farbbegeben erlitt ein Maschinenmeister zwischen Exzenter und Dichtrolle einen Knochenbruch des rechten Oberarms. — Zwischen Zylinder und Brückenwelle verletzte sich beim Ordnen eines Bandes, beim Auffangen und Glattelegen von Bogen während des Ganges der Maschine 4 Personen. — In den Zahnrädern entstanden 3 Unfälle. Unter diesen ist einer auf grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen. Die Schutzkappe über dem Zahngetriebe des Farbwerts war abgenommen worden, so daß diese die Wulst erfassen und eine Bruchverletzung herbeiführen konnte. — Beim Anhalten des Schwungrads einer Schnellpresse stemmte der Verletzte den Fuß auf das Vorderteil des Grundrahmens, die vorwärtsrollende Zugflange erfaßte den Fuß und quetschte ihn. — Ein Gelehrter hielt sich beim Beistellen des Trittbrettes einer Doppelschnellpresse an der Zylinderstange fest und erlitt durch die Fanggabelrolle eine Schnelverletzung des rechten Ringfingers. — Eine Arbeiterin wurde beim Entfernen eines schief angelegten Umfanges zwischen unterer Bandrolle und Zahnstange verletzt. — An vollständigem Anlageapparat verunglückten 5 Personen, davon 2 durch Herabfallen des Anlagebedels, eine zwischen Saugerstange und Wäfer und eine am Exzenterzahnrad der Bogenverlangsamung des Rotars. — In Greifern 4. — Beim Auf- und Absteigen bzw. Absteigen bzw. Fallen vom Trett entstanden 5 Verletzungen.

An Tiegeldruckpressen ereigneten sich 27 Unfälle. — Zwischen Ziegel und Form fielen allein 15 zu verzeichnen. Unter diesen sind 3 Unfälle entstanden durch Nachgreifen während des Ganges. Einer beim Geradelegen eines Bogens von der linken Seite. Durch das Defektsein der Händeschutzvorrichtung quetschte sich beim Nachlassen ein Hilfsarbeiter die ersten Glieder von drei Fingern der rechten Hand. Zu niedriger Sub der Schutzvorrichtung und zu geringer Höhe der Presse gab Anlaß zu 6 Unfällen. Verwundung eines zu hohen Trittes führte zu einem und seitlichen Anlegen zu 3 Unfällen. Bei dieser Gelegenheit muß erneut darauf hingewiesen werden, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen an Tiegeldruckpressen ohne sicher wirkende Händeschutzvorrichtung nicht gearbeitet werden darf; ebenso ist das Anlegen von der Seite durch die Unfallverhütungsvorschriften verboten. — Am Farbwert verletzte sich beim Waschenstellen und Waschen 2 Personen. — Ebenfalls 2 an den Zahnrädern beim Farbbehalten und durch unwirtschaftliches Hantieren. — Zwischen Farbwertszahnrad und Zugstangenexzenter entstand eine Handquetschung. — Am Druckabsteller verletzte sich 3 Personen. Bei Betätigung des Farbwertabstellknopfes während des Ganges erlitt ein Gehilfe eine Fingerquetschung. Er geriet zwischen Ziegelabführung am Gestell und dem schwingenden Ziegel. Durch die Enge zwischen Unsetzgeroll und zurückschwingendem Ziegel einer Vibertypenpresse zog sich eine Arbeiterin einer Handquetschung zu. — Zwischen Gegengewicht und Gestell entstanden 2 Fußquetschungen.

Notationsmaschinenunfälle ereigneten sich 20. — An der Papiereinleitungsstelle zwischen Druck- und Plattenzylinder bzw. zwischen den Druckzylindern verletzte sich beim Papiereinziehen 3 Personen; in einem Falle war die vorhandene Schutzvorrichtung durch das Personal entfernt worden. — In die Füllröhren oberhalb des Falztrichters gerieten ebenfalls 3 Personen beim Papiereinziehen. Am Falzapparat entstanden beim Herausnehmen der Zeitungen, beim Befestigen von Stopfern und beim Reinigen während des Ganges 5 Unfälle. — Durch Ausströmen auf der Maschinendeckel kamen 2 Personen zu Schaden.

An der Schneidemaschine entstanden 3 Unfälle. Unvorsichtiges Hantieren unter dem Messer war die Ursache.

An der Transmission ereigneten sich durch Verabfallen des Schußringes und durch Hineingeraten in den Treibbelmen je ein Unfall.

An Steindruckschneidpressen durch Umfallen des Bedels und durch Hineingeraten des Fußes in das Schwungrad infolge Ausgleitens ebenfalls je einer.

An Offsetmaschinen beim Anlegen durch die Greifer einer.

An Sehmashinen 10, darunter 5 Hand- bzw. Augenverletzungen durch Weispräger.

Am Kreisfägebrett 8. Am Kartenzähler geriet ein Gelehrter zwischen Zahnstange und Zahnrad des Zylinders. Die vorgezeichnete Schutzvorrichtung war nicht angebracht.

An anderen Stereotypieapparaten beschädigten sich 2 Personen. Eine Augenverletzung ist darauf zurückzuführen, daß der Verletzte zum Abwischen des Metalls Wasser in das Gießinstrument gegossen hatte. Diese Unfälle ist dem Personal streng zu verbieten. — An anderen Arbeitsmaschinen 7.

Von 2 Fahrstuhlunfällen entstand einer beim Platteneinlegen in die Fahrblühne, wobei sich diese auf unaufgeklärte Weise in Bewegung setzte. Ein Knochenbruch des rechten Unterarms war die Folge. Der andere ereignete sich beim Befördern eines Wagens im Fahrstuhl, wobei dem Verletzten die hängengebliebene und dann herumschlagende Wagentischel den Knochen des linken Unterarms erschlug.

Durch elektrischen Strom verletzten sich 2 Personen. Durch Verschütten von heißem Wasser, heißem Öl und Ätzflüssigkeit, durch Eindringen von Dextrinpulver in das Auge, durch Benutzen von Ersatzwaschmittel (1) 6. Durch Herab- und Umfallen schwerer Gegenstände 8. Durch Fallen auf Treppen und ebener Erde 32. Durch Rutschen der Leiter und Fallen von dieser 5. Beim Transportieren schwerer Gegenstände verunglückten 32 Personen. Durch Kraftwagen kamen 5 Personen zu Schaden, durch Fahrräder 4, durch sonstiges Fahrzeug 7. Durch Fallen beim Aussteigen aus dem Eisenbahnwagen eine. Ungeklärte Verwundung von Handwerkzeug gab Anlaß zu 10 Unfällen.

Gautag in Schlesien

Aus zwölf Orten waren am 4. Dezember 1921 14 Vertreter Schlesiens in Breslau versammelt, die sich mit Organisations- und Tariffragen beschäftigten und im notwendigen Gedankenaustausch über das Wohl und Wehe des durch sie vertretenen Bezirks berieten. Vertreter der Brüderorganisationen, der Buchbinder und Buchdrucker nahmen als Gast an der Zusammenkunft teil. Als Vertreter des Verbandes vorstandes war Kollege Schütz e-Berlin erschienen. Die Tagung wurde geleitet durch den Vorsitzenden des Gauverbandes Kollegen Reihmann-Breslau.

In einem groß angelegten Referat gab der Gauleiter Kollege Reinhold nach den üblichen Begrüßungsansprachen einen Ueberblick über die Verhältnisse seines Gaues und berichtete eingehend von seiner Tätigkeit im Bezirk, die, wie allgemein anerkannt wurde, zur Zufriedenheit der in Schlesien organisierten Mitglieder ausgefallen ist. Die organisatorische Lage, die gewerblichen Verhältnisse Schlesiens, das Verhalten der Unternehmer und ihr Widerstand gegen die Einführung des Reichstarifs, das alles behandelte der Redner und zog daraus die notwendigen Folgerungen für die Tätigkeit der Funktionäre und Mitglieder in der kommenden Zeit. Der Streit in Breg und seine Folgen für die Hilfsarbeiterschaft unterzog er einer besonderen Betrachtung.

Nach seiner Rede nahmen die Vertreter der einzelnen Zahlstellen das Wort und schilderten die örtlichen Verhältnisse. Aus ihren Ausführungen war im allgemeinen zu entnehmen, daß die Widerstände, die hier und da der Einführung des Reichstarifs im Buchdruck entgegenstehen, auch zurückzuführen sind auf die noch mangelnde gewerkschaftliche Schulung kleiner Mitgliederkreise, die erst seit kurzer Zeit dem Verbande zugeführt werden konnten. Dieser Zustand wäre aber nahezu überwunden, so daß bald eine durchgreifende Verringerung der tariflichen Verhältnisse zu erwarten ist. Die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen in den Steindruckbetrieben haben zum Teil recht günstige Lohnvereinbarungen nach oft hartnäckigem Widerstand der Prinzipale erzielt. Die Tätigkeit des Gauleiters wurde ohne Mißbehalt anerkannt.

Zum Schluß legte in längeren Ausführungen der Vertreter des Verbandes vorstandes dar, welche Taktik bei weiteren Maßnahmen im Gau einzuschlagen sei. Er machte auch auf die bevorstehende Erhöhung der Beträge und Unterstufungen aufmerksam und streifte auch die von dem Vertreter der Buchdrucker aufgeworfene Frage des Graphischen Industrieverbandes. Der nach dem Antrage des Kollegen Reihmann geforderten Erhöhung des Gaubeitrages konnte er nicht zustimmen und bezweifelte, daß der Verbandsvorstand die Genehmigung dazu erteilen würde. Seinen Worten schloß sich Kollege Reinhold an. Der Gautag beschloß, den Gaubeitrag auf 50 Pfennig festzusetzen. Mit herzlichsten Worten des Dankes an die Delegierten für die rührige Tätigkeit während des vergangenen Jahres in den einzelnen Zahlstellen verband Kollege Reinhold die Bitte um weitere tatkräftige Unterstützung. Dann konnte der Vorsitzende die Tagung schließen.

Aus unserer Bewegung im Steindruckgewerbe

Höchst a. M.

Auf Grund gemeinsamer Verhandlungen mit den Steindruckereibeherrern in Höchst a. M. und dem Vertreter unseres Verbandes wurde am 30. Dezember 1921 zu dem Nachtrag 1 des Tarifvertrages am 17. November 1921 folgendes Zusatzabkommen getroffen: Sämtliche zur Zeit bestehenden Löhne der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen werden ab 2. Januar 1922 um 25 Prozent erhöht. Durch diese Erhöhung erhöhen sich gleichfalls die Minimallöhne im Nachtrag 1 des Tarifvertrages um weitere 25 Prozent. Das Abkommen gilt bis zum 28. Februar 1922.

Die Minimallöhne sind nunmehr folgende: Steindruckereier und Hilfsarbeiter: Im Alter bis zu

15 Jahren 140,60 M., bis zu 16 Jahren 171,85 M., bis zu 18 Jahren 203,10 M., bis zu 20 Jahren 250 M., bis zu 24 Jahren 312,50 M., von über 24 Jahren 390,60 M.

Einlegerrinnen: Mit einer einjährigen Berufstätigkeit 234,35 M. Lernende Einlegerrinnen: Für die ersten drei Monate der Lehrzeit 140,60 M., nach der Monatslöhne Lehrzeit 187,50 M., nach einem Jahr 234,35 M.

Hilfsarbeiterinnen und Bogenfängerinnen: Einstellungslöhne nach einer halbjährigen Berufstätigkeit: Im Alter bis zu 17 Jahren 125 M., 148,45 M., von 17 Jahren und darüber 140,60, 164,05 M., nach einjähriger Berufstätigkeit bis zu 17 Jahren 171,85 M., von 17 Jahren und darüber 187,50 M. Hilfsarbeiterinnen und Bogenfängerinnen, die bereits in einer Steindruckerei tätig gewesen sind, erhalten bei der Einstellung die Zeit ihrer Berufstätigkeit angerechnet, sobald sie den Nachweis dafür erbringen können.

Aus unseren Zahlstellen

Cassel. Die am 17. Dezember im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Casseler Mitgliedschaft nahm Stellung zu den neuen Lohnverordnungen. Kollege Wiegand gab einen ausführlichen Bericht. In der darauf einfindenden Diskussion wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß die neuen Zulagen (obwohl bei den jetzigen Preissteigerungen bei weitem nicht ausreißend) als ein guter Fortschritt gegenüber den früheren zu betrachten sind. Die Casseler Mitgliedschaft kann nicht umhin, dem Vorstand resp. ihren Vertretern die vollste Anerkennung zu zollen. Gleichzeitiger aber erhebt die gesamte Casseler Mitgliedschaft den schärfsten Protest gegen die prozentuale Berechnung der Zulagenzulagen des Hilfspersonals. Sie richtet an ihre Vertreter das Ersuchen, bei eventuellen weiteren Verhandlungen ganz energig für die Abschaffung der prozentualen Staffeln einzutreten. Vom Vorsitzenden, Kollegen Wiegand, wurde dann mitgeteilt, daß einige Prinzipale bittere Klagen über Unpünktlichkeit des Hilfspersonals geführt hätten. Solche Klagen dürften in Zukunft nicht mehr vorkommen, denn sie gefährden das Ansehen der Organisation. Die Kartellbeiträge seien ebenfalls erhöht worden und zwar für die weiblichen Mitglieder auf 6 M., für die männlichen Mitglieder auf 8 M. Des weiteren machte der Vorsitzende auf das zweite Semester der Betriebsärztliche aufmerksamer und empfahl der Mitgliedschaft den Besuch derselben. Sodann brachte der Vorsitzende nochmals die Volksfürsorge in Erinnerung und bebaute, daß noch so viele Mitglieder der freien Gewerkschaften, die kapitalistischen Versicherungsgesellschaften, wie Viktoria usw. ihr Geld hinterlegen und dafür sorgen, daß den Herren Aktionären alljährlich recht hohe Saniementen ausgezahlt werden können. Ein freier Gewerkschaftler müsse sich dessen schämen, um so mehr, als er durch Beitritt bei der Volksfürsorge weit größere Vorteile genieße bei als jeder anderen Versicherung. Die am 8. August ausgeschlossene Kollegin Böttner wurde gegen 12 Stimmen wieder aufgenommen und gab das Versprechen, von heute ab ein tüchtiges Mitglied zu werden.

Rundschau

Verbandsgeneralversammlungen der Verbände des Graphischen Bundes. Mit Ausnahme unseres Verbandes, der statutengemäß seinen Verbandstag 1923 in Hamburg abhalten wird, haben die anderen drei graphischen Verbände in diesem Jahre ihre Generalversammlungen. Das Datum der Tagung der Lithographen und Steindruckerei ist offiziell noch nicht bekannt geworden. Von den Buchbindern und Buchdruckern liegt eine amtliche Bekanntgabe bereits vor. Die Nr. 1 der „Buchbindervereinigung“ meldet, daß der 14. Verbandstag am 15. Mai und folgen die Tagung nach Cassel einberufen wird. Aus der veröffentlichten provisorischen Tagesordnung interessiert besonders Punkt 5 „Zusammenwirken mit anderen gewerkschaftlichen Organisationen“. Dabei wird das Kartellverhältnis der vier Verbände im Graphischen Bunde behandelt werden. Auf dem Verbandstage der Buchbinder, die rund 85 000 Verbandsangehörige organisiert haben, werden ungefähr 125 Delegierte anwesend sein. — Das Verbandparlament der Buchdrucker tritt am 3. Juli in Volkshaus zu Leipzig zusammen. Schon der letzte Verbandstag, der in Nürnberg abgehalten wurde, sollte in Leipzig stattfinden. Wegen der Fortsetzung des Volkshauses aber mußte ein anderer Tagungsort gewählt werden. Auf den Generalversammlungen wird auch unser Verband durch ein Mitglied des Hauptvorstandes vertreten sein.

Eine Weisnachtsfreude machte die Briefumschlagfabrik und Buchdruckerei A. u. C. Schneidewind-Berlin, ihrem gesamten Personal (120 Personen). Die Geschäftsleitung gab jedem verheirateten männlichen Arbeiter eine Beihilfe von 4 00 M., den ledigen 3 00 M., Frauen und Wädchen 2 50 M., und allen unter einem Jahre Beschäftigten 1 75 M. Das Personal erhielt schon im Oktober von der Firma Kartoffeln unentgeltlich und zwar Verheiratete 2 Str. und Ledige 1 Str.

Eine Beitragserhöhung im Buchbinderverband ist durch Urabstimmung beschlossene worden. Annähernd 80 Prozent der Mitglieder, die sich an der Abstimmung beteiligten, haben sich für die Erhöhung der Beiträge ausgesprochen. Vom 1. Jan. ab werden folgende Beiträge bei den Buchbindern erhoben: 1. Beitragsalt. 1,50 M., 2. Alt. 2,50 M., 3. Alt. 3,50 M., 4. Alt. 5 M., 5. Alt. 6,50 M. Die Unterstufungen sind gleichfalls erhöht worden, und zwar alle Unterstufungsarten, mit Ausnahme der Krankenunterstützung, die verpodelt wurde, um 50 Prozent. Die neuen Unterstufungssätze traten ebenfalls am 1. Januar in Kraft.

Dem Wucher mit Zeitungspapier sollte die Regierung zu energischem Eingreifen veranlassen. Der Preis für ein Altkraam Zeitungspapier betragt jetzt 7,05 M. Fachzeitungen, d. h. Zeitungen, die nicht täglich erscheinen, haben für das gleiche Papier 7,85 M. pro Altkraam zu zahlen. Das Erscheinen der Zeitungen, die nicht ausschließlich

Infektionsorgane sind, ist damit in Frage gestellt. überhaupt wenn es mit der Preissteigerung für Zeitungspapier lustig so weiter geht. Im November kostete das Kilo 3,60 M., im Dezember 4,20 M. Natürlich sind die „hohen“ Löhne der Arbeiter in den Papierfabriken schuld an diesen Preisen. Von den „mäßigen“ Profiten der Aktionäre wollen wir nicht reden. — Die Betriebsräte der Hamburger Zeitungen haben zur Bekämpfung der Not der Zeitungen von Reichstag und Behörden folgende Maßnahmen gefordert: 1. Eingreifen des Staates gegen jede unangenehme Erhöhung des Zeitungsdruckpapierpreises. 2. Einziehung des Zeitungsdruckpapiers in die Klasse lebenswichtiger Bedarfsgegenstände. 3. Vergebung des Zeitungsdruckpapiers in eine billigere Klasse des Eisenbahntarifs. 4. Verringerung jeder Sonderbelastung im Zeitungsdruckgewerbe auf dem Wege einer erhöhten Umsatzsteuer für Inzerate. 5. Weitgehende Herabsetzung der bereits abgeschlossenen und noch zur Beratung stehenden Postgebühren.

Robert Zeiske f. Am 3. Januar ist der 1. Vorsitzende des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, Genosse Robert Zeiske, an den Folgen einer Krebskrankheit, unter der er seit Mai vergangenen Jahres litt, gestorben.

Zeiske war geboren am 9. März 1865 in Klinkenhaus bei Reichenbach in Schlesien. Nach beendetem Besuch der Volksschule erlernte er den Kellnerberuf. Als im Jahre 1889 die erste freigewerkschaftliche Gastwirtschaftsgehilfenorganisation, der Verein Berliner Gastwirtschaftsgehilfen, gegründet wurde, war Zeiske einer der ersten, der sich dieser Organisation angeschlossen. In den schwierigsten Zeiten, von April 1894 bis Oktober 1897 wurde ihm die Redaktion des „Gastwirtschaftsgehilfen“ übertragen. Die energische Interessenvertretung seiner Berufskollegen hat ihm während seiner Tätigkeit als Redakteur des öfteren mit der Staatsanwaltschaft in Konflikt gebracht. Viele Jahre, und zwar bis 1912, war Zeiske Kassierer des Berliner Zweigvereins. Der Nürnbergerverbandsrat im Jahre 1912 wählte ihn dann zum 1. Vorsitzenden des Gesamtverbandes. Die späteren Verbandstage und auch der letzte, der im Jahre 1920 in Erfurt stattfand, stellten Zeiske immer wieder an die Spitze der Organisation.

In Zeiske verliert der Zentralverband sowie die gesamten Angestellten der Gasthausindustrie einen treuen Freund und eifrigen Kämpfer. Mit Klugheit und Geschick hat er es stets verstanden, die Interessen der gastwirtschaftlichen Arbeitnehmer energisch und zielbewußt wahrzunehmen. An der Entwicklung des Zentralverbandes, zu seiner jetzigen Größe und Stärke hat Zeiske hervorragenden Anteil. Die gastwirtschaftlichen Angestellten werden ihren unermüdbaren Führer und Freund, der bis zum letzten Augenblick seine Pflicht getan hat, ein ehrendes Andenken bewahren.

Ein Betriebsrätekongreß des Deutschen Metallarbeiterverbandes fand Anfang Dezember 1921 in Leipzig statt. Mehr als 500 Betriebsräte und 100 Funktionäre kamen auf dieser Tagung zusammen. Nach zwei groß angelegten Referaten von Prof. L. e. d. e. r. e. - Heibelberg, der über Weltwirtschaft und von Dr. S. i. l. f. e. r. d. i. n. g. - Berlin, der über die deutsche Wirtschaft sprach, wurde folgende Entschließung zur Aussprache gestellt und angenommen:

Internationaler Bedarf es der Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages:

1. durch Ermöglichung der Wiedergutmachung durch möglichen umfangreiche Umwandlungen der Parzellierungen in Sachleistungen;
 2. durch Stabilisierung der Währungsverhältnisse;
 3. durch Gewährung eines Zahlungsaufschubes bis zur Erholung der deutschen Wirtschaft;
 4. durch eine internationale Kredithilfe.
- National ist notwendig:
1. Die Sanierung des Staatshaushaltes und die Stilllegung der Notenpresse, deren Tätigkeit sich als eine scharfe indirekte Steuer auswirkt;
 2. zur Aufbringung der Reparationskosten die Erfassung der Sachwerte, d. h. die Beteiligung des Reiches an den Produktionsmitteln;
 3. Ausbau der Sozialpolitik zur Erhaltung und Steigerung der Arbeitskraft.

Für die Bergesellschaftung von Kohle und Eisen sprach H. u. e. Die Vorbedingungen seien gegeben. Die Arbeiterschaft ließe allerdings die für eine Sozialisierung notwendige geistige Reife oft vernachlässigen. Die Tätigkeit der Betriebsräte nach dieser Richtung hin dürfte nicht vernachlässigt werden. Zusammenfassend über die Sozialisierungsfrage äußerte sich auch Dr. Einfein, der besonders das Thema der Berufsbildung in der deutschen Industrie behandelte. Er zeigte dabei, daß die kapitalistischen Interessen der Stämme und Genossen, denen des Staates und damit der deutschen arbeitenden Bevölkerung entgegen stehen. Das Machtgelfür der Konzerne, wie es in der geforderten Übernahme der staatlichen Eisenbahnen zum Ausdruck gekommen sei, lasse dies deutlich erkennen. Der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, D. i. s. h. a. n. n., referierte über die Aufgaben der Betriebsräte. Er übte scharfe Kritik am Betriebsrätegesetz und an der Reichspräsidentenwahl. Der Einfluß der Betriebsräte sei in der Hauptsache nicht dem Gesetz, sondern der Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen zu verdanken. Sie sollten sich daher nur auf ihre Gewerkschaft stützen und sich nicht zu Zwecken mißbrauchen lassen, die nicht in ihrem Aufgabentkreis liegen. Richtlinien für die Ausgestaltung des Bildungswesens der Betriebsräte gab Engelbert G. r. a. f. in einem Bericht. Zur Finanzierung des Bildungswesens wurde ein Vorschlag dem Vorstand und Beirat als Antrag überwiesen, jedem feldorganisierten Arbeiter eine Bildungssteuer von einer Mark aufzuerlegen. — Der Betriebsrätekongreß der Metallarbeiter bewies, daß die Gewerkschaften unablässig bemüht sind, aus ihren Reihen Betriebsräte heranzubilden und zu schulen, damit sie den an sie gestellten Anforderungen im vollen Umfang gerecht werden können.

Lohnzulagen mit rückwärtiger Kraft. Vom Gewerbeamt München-Pasing ist, wie der „Korr.“ mitteilen kann, kürzlich entschieden worden, daß ein Tarifvertrag mit

rückwirkender Kraft auch auf diejenigen Arbeiter und Angestellten anzuwenden ist, die beim Abschluß des Vertrags aus dem Betriebe bereits ausgeschieden sind. Begründet wird das Urteil damit, daß schon wegen des langen Hinzuliegers der Tarifverhandlungen die Lohn- oder Gehaltszulagen rückwirkend festgelegt werden, und es wäre nicht zu verstehen, wollte man die inzwischen ausgeschiedenen Arbeitnehmer von den Vorteilen der rückwirkenden Lohn-erhöhung ausschließen, zumal im vorliegenden Falle der Austritt aus dem Geschäft einige Tage vor Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages erfolgte.

Die Hilfe des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdamer) für das hungarische Ausland. Am 28. Dezember hat das erste Schiff, der Dampfer „Christian Ruff“ den Hamburger Hafen verlassen. Die Ladung besteht aus: 588 700 Kg. Roggenmehl, 260 000 Kg. Weizenmehl, 50 450 Kilogramm Zucker, 35 704 Kg. Kaffee, 6188 Kg. Tee, 19 050 Kilogramm Suppenpräparate, 29 180 Kg. Speck, 29 916 Kilogramm Schmalz, 11 306 Kg. Margarine, 28 512 Dosen kondensiertes Milch, 13 Kisten Medikamenten usw., 5300 Männerärzeln, 3500 Frauenärzeln, 10 000 Paar Socken, 2000 Paar Holzschuhe. Zur Begleitung des Transports und zur Verteilung im Hungergebiet hat der IGB die Genossen H. Wauers (Brüssel), Bollmershaus (Berlin) und Stroth (Hamburg) delegiert. Ein zweiter Dampfer wird im Januar in Hamburg beladen werden. Die hierfür bestimmten Lebensmittel sind zum Teil schon angekauft und lagern in Hamburg oder sind noch nach Hamburg unterwegs. Die Befrachtung der Dampfer erfolgt durch die Großhandelsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., die auch den Einkauf der Waren für den IGB in der Hauptsache übernommen hat.

Voraussetzung für den Erfolg einer Konsumgenossenschaftlichen Werbearbeit ist, daß die Warenabgabellen des Konsumvereins so eingerichtet sind, daß sie die Käufer anziehen und daß die Behebung der Mitglieder in einer Weise erfolgt, daß sie gern und freudig ihren Einkauf im Konsumvereinsladen befragen. In dieser Beziehung wird seitens des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ in Hamburg vieles geleistet. Angestellte Dekorateur sorgen für geschmackvolle Ausstattung der Verkaufsstellenregale und der Schaufenster und Schaufenster. Um das geeignete Verkaufsstellenpersonal zu bekommen, sind Lehrkräfte für Lagerhalter und für Verkäuferinnen eingerichtet; ferner sind Verkäuferinnen-Lehrerinnen angestellt, die die Behebung in den Verkaufsstellen beaufsichtigen und besonders die neuangestellten Verkäuferinnen unterstufen. Um einmal einen besonderen Anstoß zu geben, war für den Monat November ein Verkaufsstellenwettbewerb veranstaltet. Es waren insgesamt 20 Preise vorgesehen, und zwar zehn für Kolonialwarenläden und je fünf für Schlächtereien und Brotläden. Das Preisrichterkollegium bestand aus je einem Vertreter des Vorstandes, des Ausschusses, des Sekretariats, des Mitgliederausschusses und des Betriebsrats. Die fünf Preisrichter haben gemeinsam die 200 Warenabgabellen der „Produktion“ besichtigt und nach der Besichtigung jeder einzelnen Verkaufsstelle über drei Faktoren eine Genur erteilt: 1. Ordnung und Sauberkeit; 2. Dekoration; 3. Aussehen und Verhalten des Personals. Von den Verkaufsstellenleitungen und dem Verkaufsstellenpersonal wurde durchgängig großer Eifer an den Tag gelegt. Bei der Dekoration hat sich manches Talent gezeigt. — Warenausstellung und Verkaufswettbewerb hatten den Boden vorbereitet für eine umfangreiche schriftliche Agitation. Vom Mitgliederanspruch und von den Funktionen wurde eine Schrift in 200 000 Exemplaren von Haus zu Haus verteilt. Die 16 Seiten starke, mit guten Illustrationen ausgestattete Broschüre gibt eine schriftliche und bildliche Aufstellung der Entwicklung der „Produktion“. Der Prospekt beilegt waren Flugblätter sowie Handzettel. Im Anschluß an die Verteilung dieser Literatur wird nun eine Hausagitation betrieben. So hat die „Produktion“ mit ihrer früher mit so großem Erfolge geübten Propagandatätigkeit in vollem Umfang wieder begonnen und das Beispiel wird befruchtend wirken.

Die Sammlungen der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, ergaben bisher laut letzter Quittung für die Oppau-Spende 160 405 M. An Eingängen für Russland und Georgien wurden bisher 116 500 M. quittiert. Die Verlagsgesellschaft nimmt weitere Gaben entgegen.

Zur Hungernot in Russland. Vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes werden folgende Telegramme veröffentlicht:

23. Dezember 1921.

Die Lage im Gouvernement Orenburg und in der Republik Kaschiren verschlimmert sich täglich. Um den Bahnhof Orenburg schwillt die Menge der Auswanderer täglich an; die Leute sind von allem entblößt und unter ihnen sterben 25 bis 30 täglich infolge Entkräftung. Transportmöglichkeiten werden täglich geringer; die Anzahl der noch vorhandenen Pferde nimmt stetig ab. Infolge Schneefalls kämpft die Eisenbahn mit immer größeren Schwierigkeiten. Einige Nebenbahnen haben bereits den Betrieb eingestellt. Die Bevölkerung in der Kaschiren-Republik hat zum Teil keinen festen Wohnsitz und es ist daher unmöglich, Ritten und feste Versammlungspunkte einzurichten. Jedoch könnte mit Getreide, besonders mit Roggen, außerordentlich viel geholfen werden.

Unterschrift Gorvin.

26. Dezember 1921.

Alle Berichte besagen, daß im Hungerdistrikt die Pferde im Absterben begriffen sind. Die zur Verfügung gestellte Menge Hafer kann nur eine beschränkte Anzahl retten. Es ist also bereits ganz klar, daß jede Aktion auf Kraftwagentransport angewiesen sein wird. Die Quäler haben bereits vier Traktoren verlangt, welche im Frühjahr zur Bestellung der Felder benutzt werden können. Die Bestellung von mindestens 10 weiteren für die Städte Kasan, Simbirsk, Samara, Saratow und Tschirgsk ist unbedingt erforderlich. Unterschrift Gorvin.

Unser Delegierter Jacob zurück aus Kasan, wo Hunger und Seuche zahlreiche Opfer fordern. Der Zustand der Krankenhäuser in Kasan ist unbefriedigend; die Abfuhrrohre sind verstopft und jede Reparatur ist unmöglich. In den Krankenzimmern herrscht eine fürchterliche Luft; sie sind von Kranken vollgestopft, die bereits infolge Entbehrung zum Skelett abgemagert sind. Unser Vertreter sah bis drei und vier Kranke in einem Bett. Bettwäsche fehlt fast vollständig; was noch vorhanden ist, starrt vor Dreck. Die Strohmatten sind total verfaulen. Die Krankenhäuser in Kasan brauchen zuzulegen alles, besonders Medikamente, Desinfektionsmittel, Bettwäsche, wollene Decken, Gummunterlagen, Thermometer, Haarschneidemaschinen und Gebrauchsgegenstände für Krankenpflege. Lebensmittel sind in Kasan unbedingt notwendig, aber ungenügend, falls die um sich greifenden Seuchen nicht bekämpft werden. Europa kann unmöglich das obwaltende Elend, sowie die große Gefahr für sich selber erkennen. Kann wirklich nichts geschehen, um diesem Zustand abzuhelfen?

Unterschrift Gorvin.

Unterbringung schwerkrankschädigter Buchdrucker. Nach Brandenburg (Havel) wird ein Korrektor gesucht. Es kommt nur ein Unverheirateter in Frage, da in absehbarer Zeit keine Wohnung zu finden ist. — Für eine Berliner amtliche Stelle wird ein Schwerkrankschädigter als Schweizerbegleiter gesucht, und zwar für bald. — Bewerbungen werden an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 239, erbeten.

Eingegangene Druckschriften

Wichtige Gesekentwürfe. Vom Gewerkschaftsamt Leipzig, Zeiterstr. 32, ist ein „Sonderdruck Nr. 3“ herausgegeben worden, der folgende Entwürfe enthält:

- Der Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter.
- Entwurf einer Verordnung über das Verfahren vor den Mieteinigungsämtern.
- Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Mietzinsbildung (Rechtsmittelgesetz).
- Der Entwurf über eine Verordnung über das Verfahren vor den Mieteinigungsämtern ist im vollständigen Wortlaut enthalten, im Gegenfah zu den amtlichen Ausgaben, die nur die Änderungen bringen.

Der Preis dieses „Sonderdrucks Nr. 3“ ist (ohne Porto) 2,50 M. das Stück, bei 10 und mehr Exemplaren 2 M. pro Exemplar. Zu beziehen vom Gewerkschaftsamt Leipzig, Zeiterstr. 32, Postfachkonto Leipzig 65 139. Bestellungen sind umgehend aufzugeben. Lieferung nur gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages.

Briefkasten

B. Stuttgart. Kein Mensch hat Ihnen in der Zeitung den Vorwurf der Freigabe gemacht. Sie sind in dem Bericht überhaupt nicht genannt worden. Verschaffen Sie sich doch in der nächsten Versammlung Genugtuung und erklären Sie dort, warum Sie nicht anwesend sein konnten. In der Öffentlichkeit brauchen Sie sich deswegen mit einer „Nichtigstellung“ nicht zu entschuldigen.

Kaiserslautern. Ihre Angelegenheit ist Gegenstand einer Beschwerde geworden, so daß Abhilfe bestimmt zu erwarten ist.

St. Bad Degenhausen. Sie müssen genau die Anzahl der benötigten Exemplare angeben. Bis jetzt erhielten Sie 20 Zeitungen an Ihre Drucker-Adresse. Mehr Zeitungen, als Mitglieder dort sind, können nicht überwiesen werden.

Anzeigen

Unserer lieben Kollegin Martha Krause und Gemahl die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. **Jahstille Glogau.**

Unserer lieben Kollegin Ritschner nebst Gemahl die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. **Die Kollegenschaft der Jahstille Darmstadt.**

Warenversorgung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die W. B. St. hat neuerdings einen großen Posten billiger Velleitungsgegenstände beschafft, die in den nachstehenden Verteilungsstellen an die organisierten Mitglieder abgegeben werden.

- Zimmerstr. 68,
 - Sebastianstr. 37/38,
 - Schönhäuser Allee 173,
 - Koltbuscher Damm 88/89,
 - Brunnenstr. 185,
 - Engeluser 80,
 - Karlshorst: Hegemeisterweg 54,
 - Spandau: Kaiser-Wilhelmstr. 101,
 - Adlershof: Reberstr. 14,
 - Sablonstr. 8,
 - Friedrichsplatz: Schwarzenbergstr. 4,
 - Spandau: Regenbachstraße, West. Klemm.
- Verbandsbuch mitbringen!**